

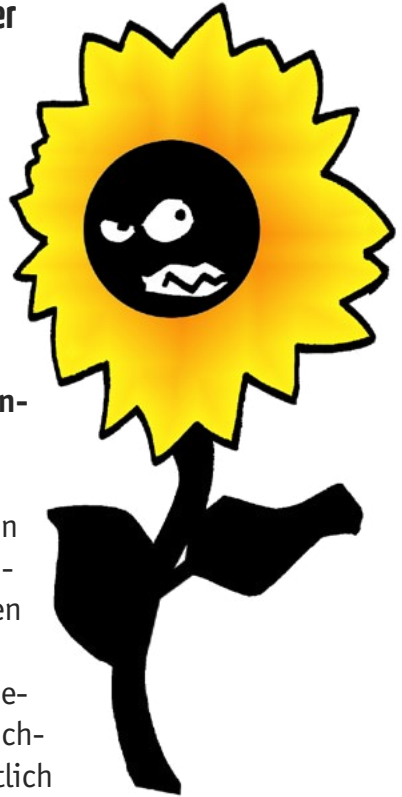
## Schluss mit prekären Arbeitsbedingungen in der grünen Heinrich-Böll-Stiftung!

Bei der Heinrich-Böll-Stiftung, der parteinahen Stiftung der Grünen, werden seit Jahren viele KollegInnen über Drittfirmen zu prekären Bedingungen beschäftigt. Nachdem sich Betroffene in der Basisgewerkschaft FAU organisiert haben und sich im Betrieb für Verbesserungen einsetzen, droht ihnen nun der Rauswurf.

Durch die Anstellung über Drittfirmen werden den KollegInnen viele Partizipationsmöglichkeiten im Betrieb vorenthalten. So wird ihnen die Teilnahme an Betriebsversammlungen verwehrt, selbst wenn ihre eigenen Arbeitsbedingungen auf der Tagesordnung stehen. Nachdem sie zusammen mit der FAU Berlin öffentlich auf die prekären Arbeitsbedingungen hingewiesen hatten, will die Geschäftsführung die gewerkschaftlich aktiven

KollegInnen jetzt aus dem Betrieb drängen, anscheinend indem sie sie kurzerhand durch neue LeiharbeiterInnen einer anderen Firma ersetzt. Ab dem 31.07.2013 sollen sie jedenfalls nicht mehr in der Stiftung arbeiten. Dieses Vorhaben muss als offen gewerkschaftsfeindlich eingestuft werden.

Die Behinderung offener Diskussionen und gewerkschaftlicher Organisation im Betrieb steht in einem eklatanten Widerspruch zur thematischen Arbeit in der Stiftung, die sich weltweit für Partizipation und Menschenrechte einsetzt: Mitsprache am Arbeitsplatz und kollektive gewerkschaftliche Aktionen sind auch Menschenrechte!



### FAU Berlin

Die Freie ArbeiterInnen Union Berlin ist eine unabhängige Basisgewerkschaft.

**Mail:** faub-kontakt@fau.org

**Web:** berlin.fau.org

## Schluss mit Leiharbeit und Outsourcing!

Weil die Stiftung die betroffenen KollegInnen nicht selbst beschäftigt, wie es bei anderen politischen Stiftungen üblich ist, werden aber auch Lohndumping und Tariffucht möglich: Die Stiftung hat keine Möglichkeit mehr, auf die Arbeitsbedingungen Einfluss zu nehmen, wie die Geschäftsführung selbst eingesteht. Dies scheint ihr aber auch ganz Recht zu sein, profitiert sie doch von der Flexibilität der Arbeitskräfte. Eine solche Praxis im eigenen Haus steht im Widerspruch zur öffentlichen Kritik der Stiftung an Prekarisierung und ihren sozialen Folgen. Mit ihrer Beschäftigungspolitik stellt sie aber auch die Glaubwürdigkeit der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Frage: Im aktuellen Wahlkampf tritt diese ausdrücklich für eine Stärkung von Tarifverträgen und für einen Mindestlohn von mindestens 8,50 EUR ein – dieses Lohnniveau wird jedoch bisher von ihrer eigenen parteinahen Stiftung unterboten.

Prekäre Beschäftigung und Union-Busting sind unvereinbar mit den öffentlich vertretenen Positionen der Heinrich-Böll-Stiftung. Wir fordern die direkte Beschäftigung der Betroffenen zu fairen Bedingungen. Die gewerkschaftlich aktiven KollegInnen dürfen nicht entlassen werden. Unterstützen Sie unsere Forderungen, indem Sie unsere Online-Petition (s.u.) gegen die prekäre Beschäftigung in der Böll-Stiftung unterschreiben! Wenden Sie sich auch an die Heinrich-Böll-Stiftung oder ihre verschiedenen Landesstiftungen. Teilen Sie den Grünen mit, was Sie von der derzeitigen Beschäftigungspraxis in ihrer parteinahen Stiftung halten. Machen Sie ihnen deutlich, dass sie beim Wort genommen werden, wenn sie von Gerechtigkeit und Partizipation sprechen!

Aktuelle Informationen: [berlin.fau.org/boell](http://berlin.fau.org/boell)

Online-Petition: [berlin.fau.org/boell-petition](http://berlin.fau.org/boell-petition)

Grüne vor Ort: [www.gruene.de/partei/gruene-vor-ort.html](http://www.gruene.de/partei/gruene-vor-ort.html)

Heinrich-Böll-Stiftung: [www.boell.de/kontakt/kontakt.html](http://www.boell.de/kontakt/kontakt.html)

